



Berlin, Donnerstag, den 27 Februar 1890.

Amtliches.

Berlin, den 27 Februar 1890.

Wie mir aus allen Theilen des Kreises berichtet wird, sind am 20. Februar aus Anlaß der Reichstagswahl in jeder Ortschaft des Kreises eine große Anzahl von meist jugendlichen Personen (in der Mehrzahl aus Berlin) erschienen, welche sich nicht mit der Vertheilung von sozialdemokratischen Stimmzetteln begnügt, sondern diese Stimmzettel in belästigender und die Freiheit der Wahl ersichtlich beeinflussender Weise den Wählern aufgedrängt haben. Dieselben Personen sind in die Wahllokale gedrungen und haben sich dort unter Vorzeigung einer gedruckten Legitimationskarte bei dem Wahlvorsteher eingeführt, als „von dem sozialdemokratischen Central-Wahlkomitee beauftragt, die Wahlhandlung zu überwachen“. Ich habe bereits in meiner Eigenschaft als Wahlkommissar die Herren Wahlvorsteher bedauert, daß sie sich selbstverständlich eine solche „Ueberwachung“ nicht gefallen zu lassen brauchen, daß sie vielmehr, unter voller Wahrung der Oeffentlichkeit der Wahl für alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlbezirks, auf Grund ihres Hausrechts befugt sind, derartig unbescheidene Eindringlinge aus dem Wahllokale zu entfernen. Mit Rücksicht aber auf die vielfachen Ruhestörungen, welche von den gedachten Personen nicht nur im Wahllokale, sondern auch auf den Straßen und Dorfplätzen verursacht worden sind, spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß alle Exekutivbeamten des Kreises, Gendarmen und Amtsdienere, es sich am 1 März angelegen sein lassen werden, ähnlichen Ausschreitungen auf das Energischste zu begegnen. Wo aber Exekutivbeamten nicht sofort zur Stelle, richte ich an alle ordnungsliebenden Einwohner des Kreises die Bitte, nicht durch falsche Zurückhaltung gegenüber den Ruhestörern zu verschulden, daß die Ausschreitungen vom 20. Februar sich am 1 März wiederholen.

Der Landrath des Kreises Teltow.
Stubenrauch.

Berlin, den 26. Februar 1890.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 24. Februar d. J. mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß in jeder Gemeinde und in jedem Gutsbezirk in ortsüblicher Weise bekannt zu machen ist, daß der Termin zur engeren Wahl zwischen dem Regierungs-Präsidenten Prinzen Handjery zu Siegnitz und dem Buchdrucker Werner zu Berlin auf

Sonnabend, den 1. März d. Js.

festgestellt ist und daß die Wahlhandlung um 10 Uhr Vormittags beginnt und um 6 Uhr Nachmittags geschlossen wird.

Außerdem sind die Wähler der einzelnen Bezirke gleichfalls in ortsüblicher Weise noch besonders darauf hinzuweisen, daß alle Stimmen, welche bei der engeren Wahl auf einen anderen als die namhaft gemachten Kandidaten fallen, ungültig sind. Der von den Magisträten, Gemeinde- und Guts-Vorständen zu erlassenden und

den Wahl-Protokollen beizufügenden Bekanntmachung ersuche ich folgende Fassung zu geben

„Es wird hiermit becheinigt, daß in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, daß der Termin zur engeren Wahl zwischen

dem Regierungs-Präsidenten **Prinzen Handjery zu Siegnitz**
und
dem Buchdrucker **Werner zu Berlin**

auf

Sonnabend, den 1. März cr.,

festgestellt ist

daß die Wahlhandlung um 10 Uhr Vormittags beginnt und um 6 Uhr Nachmittags geschlossen wird

daß alle Stimmen, welche bei der engeren Wahl auf einen anderen, als die namhaft gemachten Kandidaten fallen, ungültig sind.“

Der Wahlkommissar.
Stubenrauch, Königlicher Landrath.

Berlin, den 27 Februar 1890.

Unter Bezugnahme auf meine Kreisblattsbekanntmachung vom 24. d. Mts., die **engere Reichstagswahl** am 1 März d. J. betreffend, bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß ich für den

Wahlbezirk Nr. 80 „Neuhof“

in Stelle des Schöffen Mittag den Schmiedemeister **Witte** zum Wahlvorsteher-Stellvertreter ernannt habe.

Den Gemeinde-Vorstand von Neuhof veranlasse ich, diese Veränderung in der Gemeinde Neuhof bekannt zu machen.

Der Landrath des Kreises Teltow.
Stubenrauch.

Berlin, den 27 Februar 1890.

Behufs Ermittlung des Ergebnisses der am 1 März d. Js. stattfindenden **engeren Reichstagswahl** für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg habe ich gemäß § 26 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 Termin auf

Mittwoch, den 5. März d. Js.,

Vormittags 11 Uhr

im Kreis-Ausschuß-Sitzungszimmer zu Berlin, Körnerstraße Nr. 24 anberaunt.

Der Wahlkommissarius.
Stubenrauch, Königlicher Landrath.

Nichtamtliches.

Der Würfel fällt

am Sonnabend, den 1. März 1890.

Witbürger! Ihr steht vor einer wichtigen Entscheidung.

Haarscharf wie die Schärfe des Schwertes ist die Linie gezogen.

Jenseits: Vollständiger Untergang von Allem, was bisher uns gut und herrlich war, was bisher die Stütze des Staates und der Ordnung gewesen ist. Alles geht da zu Grunde — Religion und Sitte, redliche Arbeit mit angemessenem Lohn und der Friede im Hause und im Lande — dafür tritt die wilde Zusammenrottung bethörter Arbeiter, welche von Nichts wissen wollen, als von unvernünftigen Forderungen — die Freude haben an der Unordnung und dem Unfrieden — am Umsturz — am wilden Hexenjabbath der Revolution.

Diesseits: Festgefügte Ordnung — friedliche und redliche Arbeit — Treue zu Gott und unserm Kaiser — Liebe zum Vaterlande und unsern Mitmenschen und dadurch ein gesicherter Frieden!

Wie zwei Wagschalen der Weltwage so liegt's vor Euch, und ihr tretet hinzu um ein Körnlein in diese oder jene Schale zu legen. Und Ein Körnlein kann dieser oder jener Schale das Uebergewicht verleihen. Das bedenket wohl!

So tretet denn hinzu und wählt! Doch macht Euch klar: Wollt ihr die Ordnung, wollt ihr das Heil des Vaterlandes, wollt ihr Frieden und Glück für Haus und Land, wollt ihr die Größe und den Ruhm Deutschlands, so werft ein Körnlein in die Schale für den Kandidaten der staatserkhaltenden Partei

Prinz Handjery, Regierungs-Präsident in Siegnitz.

Wollt ihr aber die Unordnung und den Umsturz; wollt ihr Euer eignes Elend und das Unglück vieler Millionen; wollt ihr den Niedergang von der deutschen Macht und deutschen Ehre, so tretet hinzu und helfet die Brandfackel zu legen an alles was bisher uns heilig, an alles was bisher die Stütze unseres Glückes war. — Ja diese Fackel „sie strahlt uns nicht, sie kann nur zünden und äschert Städte und Länder ein.“

Wie denken ausgesprochene Deutschfreisinnige über die Wahl eines Sozial-Demokraten?

Diese Frage haben sich Angesichts der im Kreise bevorstehenden **engeren Wahl** sicherlich viele Wähler des Wahlkreises vor-gelegt, welche am 20. d. Mts. für den deutschfreisinnigen Kandidaten — Ingenieur Richter — gestimmt haben.

Ueber die Antwort kann kein Wähler des Wahlkreises zweifelhaft sein.

Sie ergibt sich aus einem soeben verbreiteten **Wahlaufruf** der Berliner **Deutschfreisinnigen**, in welchem die Gründe dargelegt sind, aus welchen **Deutschfreisinnige** und sonstige **Wähler** unter **keinen Umständen für einen Sozial-Demokraten stimmen können, sondern die Wahl eines solchen mit aller Macht bekämpfen müssen.**

In diesem **Wahlaufruf** der **Deutschfreisinnigen** heißt es wörtlich:

Die am 20. stattgehabte Wahl hat keine definitive Entscheidung gebracht.

Am 1. März findet deshalb **Stichwahl** zwischen dem freisinnigen Abgeordneten **Geh. Medizinalrath Professor Dr. Rudolf Virchow** und dem Sozial-Demokraten **Buchbinder Constantin Janiczewsky** statt.

Was erstrebt die Sozial-Demokratie?

An die Stelle der bestehenden Gesellschaftsordnung soll eine andere gesetzt werden, in welcher der **Staat allein Eigentümer alles Kapitals** werden soll, allein Grundstücke, Häuser, Maschinen, Vorräthe etc. besitzen soll. Die Heilung von Uebelständen in der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Beseitigung der Schwierigkeiten der Konkurrenz zwischen kleineren und größeren Betrieben soll im sozialistischen Staat dadurch erfolgen, daß überhaupt jeder **selbstständige Betrieb aufhört** und Jedermann ohne Unterschied **Angestellter des Staates** wird. Da die **sozialistische Staatsregierung** alsdann alleinige Brotherrin ist, so geräth dadurch **Jedermann in slavische Abhängigkeit** von derselben, weil es unmöglich ist, irgend einen Privatdienst zu finden. —

Die **Begründung eines eigenen Besitzstandes** ist damit unmöglich. Und in der That haben die Sozial-Demokraten auch in dem gegenwärtigen Wahlkampfe offen ausgesprochen, daß jeder **Besitzer ein Bourgeois** ist, und daß jeder **Bourgeois von den Sozial-Demokraten als ihr Feind betrachtet** wird. Alles Streben des Einzelnen, für sich und die Seinigen eine **unabhängige und gesicherte Existenz** zu gründen, wird ausgeschlossen, jede **Vererbung von Besitz** auf die **Hinterbliebenen** unterjagt, jeder Anreiz zu eigener, fortwirkender Thätigkeit aufgehoben. Die ganze Kultur welche die Menschheit in jahrtausende langem Ringen erreicht hat, wird der Vernichtung preisgegeben, um eine vollständig neue und noch niemals in der Welt verwirklichte Ordnung der menschlichen Gesellschaft und des Staatswesens herbeizuführen u. s. w.

Dieser **deutschfreisinnige Wahl-Aufruf** schließt mit dem dringenden Mahnruf **Wählt keinen Sozial-Demokraten.**

Wir danken den **deutschfreisinnigen Delegirten** für ihre offene Sprache und für ihren klaren Mahnruf.

Er wird auch in unserem Kreise überall Widerhall finden und von den **betheiligten deutschfreisinnigen Wählern** sicher verstanden und **beherzigt** werden. Ihr **Feldgeschrei** wird am nächsten **Sonnabend, dem Tage der großen Wahlschlacht, wie der unsrige sein:**

„Nieder mit der Sozial-Demokratie.“

Gegenüber der an anderer Stelle mitgetheilten, von Berliner Deutschfreisinnigen ausgegebenen Wahlparole **„gegen die Sozial-Demokratie“** — wissen Blätter wie die Volkszeitung und andere sich vor Freude darüber nicht zu lassen, daß angeblich „zahlreiche“ Vertrauensmänner der deutschfreisinnigen Partei unseres Wahlkreises einstimmig beschlossen haben ihre Stimmen für den Sozial-Demokraten **Werner** abzugeben. Wir legen dieser Mittheilung so lange keinen Werth bei, bis die Herren, welche ihren Mitbürgern die Wahl des Kandidaten der **Umsturzpartei** gegenüber der Wahl des Kandidaten der **Ordnungspartei** empfehlen oder anjumen, auch mit ihren Namen für einen derartig wichtigen Beschluß einzutreten den Muth haben. Solange nur Herr Isaac Charlottenburg Solches schreibt und verbreitet, hat es weiter keine Bedeutung und wird auch auf keinen anständigen Freisinnigen Eindruck machen.

Man schreibt uns aus dem Kreise:

Der Tag der Stichwahl, ein **Sonnabend**, ist für uns Landleute besonders schlecht gewählt, weil dieser Tag **Markttag** ist. Man hätte füglich wohl erwarten dürfen, daß die Regierung, welche nach Zeitungsnachrichten in Frankfurt a. Main, Hanau und Kassel aus Rücksicht auf die Juden den Wahltag auf den Freitag festgesetzt hat, dieselbe Rücksicht auch auf uns Landleute nehmen würde. Da dies leider übersehen worden, so bleibt uns Landleuten nur übrig, unser eigenes Interesse dem allgemeinen Interesse unterzuordnen. Es ist unsere **patriotische Pflicht**, am **Sonnabend Mann für Mann** an der Wahlurne zu erscheinen und durch die Wahl des Kandidaten der **Ordnungspartei**, des **Prinzen Handjery**, dafür Zeugniß abzulegen, daß wir unsere Pflichten mit Gott für Kaiser und Reich selbst dann erfüllen, wenn uns dieselben unnütz ershwert werden.

Letzte Mahnung an unsere Vertrauensmänner und alle unsere Wähler in Stadt und Land!

Vertheilt die Flugblätter und die Stimmzettel persönlich! Agitirt von Mund zu Mund! Klärt jeden Wähler auf über die Ziele der Sozialdemokratie! Belehrt jeden Gleichgültigen über die Bedeutung dieser Wahl! Holt am Wahltag alle Säunigen heran! Sorgt für Vertheilung von Stimmzetteln durch angesehene Mitbürger vor dem Wahllokal.

Wenn alles dies geschieht, dann wird die Ehre unseres Wahlkreises am 1. März gerettet werden!